



### Schöner leben ohne Nazis!

#### Odenwald gegen rechts und DGB werten demokratischen Protest gegen die NPD als Erfolg

BRENSBACH / FRÄNKISCH-CRUMBACH. Als „vollen Erfolg“ werten die Initiative „Odenwald gegen rechts“ sowie der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) den demokratischen Protest gegen das Auftreten der NPD in Brensbach und Fränkisch-Crumbach. Zahlreiche Mitglieder von „Odenwald gegen rechts“, Gewerkschafter/innen, Schüler/innen und Studierende verteilten rund um die Stände der rechtsextremistischen Partei hunderte von Flugblättern der südhessischen Kampagne „Schöner leben ohne Nazis und Rassismus!“.

Aufgrund des demokratischen Protestes und dem demonstrativen Desinteresse der Bevölkerung am braunen Parolen konnte die NPD an ihrem Stand in Brensbach in zweieinhalb Stunden lediglich eine einzige Zeitung verteilen. In Fränkisch-Crumbach war die Resonanz kaum besser. In beiden Gemeinden baute die NPD ihre Stände zwei Stunden vor dem offiziellen Ende ihrer Aktion bereits wieder ab. „Im Odenwald ist für alte und neue Nazis kein Platz“, betont Horst Raupp, Regionssekretär des DGB Südhessen. „Der Odenwald ist bunt und nicht braun – und das ist gut so!“.

Ausdrücklich begrüßen „Odenwald gegen rechts“ und der DGB, dass die Arbeiterwohlfahrt Odenwaldkreis während der Anwesenheit der NPD an ihrem Pflegeheim in Brensbach ein deutlich sichtbares Transparent angebracht hat, um „demonstrativ eine klare Position gegen rechts“ zu beziehen.

17.12.2007 URL: [http://www.fr-online.de/frankfurt\\_und\\_hessen/nachrichten/hessen/?em\\_cnt=1259390](http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/hessen/?em_cnt=1259390)

NPD-Aufmarsch - Aufregung in Offenbach

VON STEPHEN WOLF



#### [Die Polizei greift ein](#) (FR/Sascha Rheker)

Schon Stunden vor dem NPD-Aufmarsch hatte sich ein massives Polizeiaufgebot am Offenbach der Ostbahnhof postiert. Als die etwa 50 Rechtsextremen um 14 Uhr loszogen, wurden sie von mehreren hundert Beamten begleitet.

Kurz zuvor hatten sich etwa 150 Gegendemonstranten nahe dem Fußballstadion auf dem Bieberer Berg versammelt. Der frühere Oberbürgermeister Wolfgang Reuter (SPD) und Verdi-Geschäftsführerin Rosi Haus forderten die Offenbacher

auf, couragiert den Rechten entgegenzutreten. "Wir dürfen jene nicht tolerieren, die den Holocaust leugnen und die Demokratie abschaffen wollen", sagte Reuter.

#### Demonstratives Glockenläuten

Auf ihrem Weg durch die östliche Innenstadt wurden die Rechtsextremen wiederholt von Bürgern und Gegendemonstranten lautstark beschimpft. Als die NPD vor dem Polizeirevier auf dem Mathildenplatz ihre Kundgebung abhielt, ließ die katholische St. Marienkirche demonstrativ die Glocken läuten. Die Rede von NPD-Landeschef Marcel Wöll war so kaum zu verstehen. Auch hier hatten sich etliche Bürger versammelt, um gegen die Veranstaltung zu protestieren.

#### Mehr zum Thema

 Fotostrecke: [NPD-Demonstration in Offenbach](#)

Wie bedeutend die Demonstration aus Sicht der NPD gewesen sein muss, lässt sich aufgrund der Anwesenheit von Parteichef Udo Voigt erahnen, gegen den die Staatsanwaltschaft wegen Volksverhetzung ermittelt. In der Bieberer Straße wurden die Rechtsextremen von Gegendemonstranten und zahlreichen Jugendlichen aus Migrantenfamilien angehalten, die die Straße blockierten.

Als die Polizei mit der NPD und ihren Gegnern verhandelte, spielten die Rechten Märsche vom Band - darunter auch der "Badonviller-Marsch", der in der NS-Zeit bei Auftritten Hitlers gespielt wurde.

Währenddessen kamen immer mehr Bürger aus ihren Wohnungen und aus Geschäften. Schließlich musste die NPD einen anderen Weg nehmen und mit ihrem Marsch zum Ende kommen.

Wäre die Polizei nicht so massiv vertreten gewesen, die Situation hätte eskalieren können. "Auch deshalb

kann ich nicht nachvollziehen, weshalb die Stadt der NPD diese Route zugestanden hat", kritisierte Ex-Bürgermeister Reuter: "Das Rathaus hätte ein stärkeres Zeichen setzen müssen". Der Pressesprecher der Stadt, Matthias Müller, verteidigte die Haltung des Magistrats. Der hatte entschieden, den NPD-Aufmarsch zu genehmigen, da ein Verbot vor Gericht keinen Bestand gehabt hätte.

"Letztendlich muss man doch sehen, dass die NPD in Offenbach eine Demütigung erlitten hat, und das zählt", sagte Müller der FR.

17.12.2007 URL: [http://www.fr-online.de/frankfurt\\_und\\_hessen/nachrichten/hessen/?em\\_cnt=1259389](http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/hessen/?em_cnt=1259389)

**Kommentar - Die Mimikry der NPD VON STEPHEN WOLF**

Es ist schon richtig, zahlreiche Offenbacher haben die NPD mit Ablehnung und Empörung empfangen. Von einem erfolgreichen Wahlkampfauftakt können die rechten Extremisten nicht reden. Auch die Polizei hat ihre schwierige Aufgabe mit der nötigen Abgeklärtheit gelöst.

Also Ende gut, alles gut? Nein. Denn es sieht nicht so aus, als lasse sich die NPD durch den Widerstand demokratischer Parteien, Bürger und Gewerkschaften von ihren Märschen abhalten. Auch wenn die großen Gegendemonstrationen in diesem Jahr - etwa in Rüsselsheim oder Frankfurt - beeindruckend waren, die NPD bleibt bei ihrer Taktik und gibt sich als Anwalt des kleinen Mannes. Die Rechtsextremen stilisieren sich als "Opfer des Systems". Wie sehr die NPD-Strategen dem Volk aufs Maul schauen, wird deutlich, wenn ihre Anhänger beispielsweise den Mindestlohn für alle Beschäftigten fordern oder aber die Außenpolitik der USA verdammen.

Im Fall Offenbach haben sich die Bürger zwar nicht von dieser dreisten Mimikry täuschen lassen. Dass die Stadt indes nicht versucht hat, die NPD an ihrer Route durch ein von vielen Migranten bewohntes Viertel zu hindern, bleibt trotzdem ärgerlich. Der Hinweis, die Verwaltungsrichter hätten ohnehin im Sinne der NPD entschieden, ist das falsche Zeichen. Resignation ist nicht angesagt.

17.12.2007 URL: [http://www.fr-online.de/frankfurt\\_und\\_hessen/nachrichten/hessen/?em\\_cnt=1259839](http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/hessen/?em_cnt=1259839)

**NPD-Aufmarsch in Offenbach - "Man muss auch kämpfen können"**

**Hans Blamm, Pfarrer von St. Marien, hat am Samstag lautstark gegen die NPD protestiert. Während NPD-Landeschef Marcel Wöll seine Rede hielt, ließ der Pfarrer die Glocken läuten.**



[Hans Blamm](#) (FR/Andreas Arnold)

**Frankfurter Rundschau: Herr Blamm, die NPD hält eine Kundgebung auf dem Mathildenplatz, und Sie lassen gleichzeitig die Glocken der benachbarten Marienkirche läuten. Ein einsamer Akt des Widerstandes?**

Hans Blamm: Nein. Denn erstens sind auch viele Gegendemonstranten gekommen, und zweitens gab es auch von der evangelischen Kirche die Bereitschaft, die Glocken läuten zu lassen.

**Die Bilanz des NPD-Marsches fällt bei Parteien und Gewerkschaften einhellig aus: Die knapp 50 Rechtsextremen wurden von den vielen widerspenstigen Offenbachern gedemütigt ...**

... was auch daran lag, dass trotz großer Propaganda nur wenig Leute von der NPD gekommen sind.

**War es also richtig, dass die Stadt kein Demonstrationsverbot ausgesprochen hat?**

In der Vergangenheit haben die Verwaltungsrichter fast immer gegen Verbotsanträge der Kommunen entschieden. Insofern hat die Stadt rational gehandelt.

#### **Zur Person**

Der katholische Pfarrer Hans Blamm wurde am 23. Februar 1952 in Offenbach geboren und war nach seiner Priesterweihe als Kaplan in Friedberg tätig.

Als Religionslehrer arbeitete er von 1982 an am Gymnasium in Nidda.

Zum Pfarrer von St. Marien in Offenbach wurde er 1991 ernannt.

 Fotostrecke: [NPD-Demonstration in Offenbach](#)

**Ex-Rathauschef Wolfgang Reuter kritisiert, dass die NPD durch Straßen gezogen ist, in denen viele Einwanderer wohnen.**

Egal, wo die Rechten in der Stadt marschieren, Offenbach hat nun mal einen Ausländeranteil von 40

Prozent. Dass sich die NPD mit einer Route durch die Randgebiete zufrieden gegeben hätte, ist ziemlich unwahrscheinlich. Zum Glück gibt es Bürger, die couragiert ihren Unmut ausdrücken.

### **Aber es sind zu wenig?**

Sagen wir es so, wir brauchen unbedingt mehr Bürger, die sich gegen Rassismus oder Fremdenfeindlichkeit einsetzen. Politik ist keine Nische für Privatleute. Jeder Einzelne trägt Verantwortung.

### **Viele glauben, sie könnten nichts bewegen.**

Wir beobachten eine weit verbreitete Resignation, die zum Teil auf falschen Vorstellungen beruht. Viele ziehen sich in den Schmollwinkel zurück, weil sie ihre Idealvorstellungen nicht erfüllt sehen. Das Gegenteil aber wäre richtig. Man muss auch kämpfen und Niederlagen einstecken können.

### **Die NPD will eben von dieser Unzufriedenheit profitieren.**

Ja, und es hängt stark von den etablierten Parteien ab, ob ihr das gelingt. Denn es ist wirklich ein Problem, wenn einerseits der Wirtschaftsaufschwung ausgerufen wird und auf der anderen Seite bei den Bürgern nichts ankommt. Jeden Dienstag kommen etwa 180 Menschen zur Offenbacher Tafel. Ihnen reicht das Geld nicht einmal für das Essen. Das muss sich ändern, wenn wir nicht wollen, dass die NPD eines Tages Erfolg hat.

### **Interview: Stephen Wolf**

**Anti-NPD-Aufmarsch: [Mindestens 100 Bürger protestieren in Offenbach](#)  
Einzelhandel in Offenbach: [NPD-Demo trübt Weihnachtsgeschäft](#)**

#### **28.12.2007 »Koch bedient Wählerpotential der Neonazis«**

Viele Bewohner Hessens sind Migranten. Dennoch versucht die CDU, mit islamfeindlichen Parolen Punkte zu sammeln. Ein Gespräch mit Yildiz Köremezli-Erkiner von Gitta Düperthal

→ <http://www.jungewelt.de/2007/12-28/048.php>

#### **28.12.2007 Brauner Nachwuchs auf dem Dorf - Stabile rechte Jugendcliquen in Hessen**

Es gibt eine rechtsextreme Jugendszene in Hessen. Sie ist überschaubar, aber sie verfestigt sich zumindest in einigen Gegenden. Das weisen Marburger Extremismus-Forscher nach. Ihren Erhebungen zufolge konzentriert sich die rechte Jugendszene auf den kleinstädtisch-dörflichen Raum in Hessens Hinterhöfen nördlich des Mains: Zierenberg, Schwalmstadt oder Bruchköbel haben ein Problem, die Metropolen offenbar nicht.

URL: [http://www.echo-online.de/3/template\\_detail.php3?id=552112](http://www.echo-online.de/3/template_detail.php3?id=552112)

#### **30.12.2007 POL-DA: "Skinhead-Konzert" wird vorzeitig beendet**

**Südhessen/Viernheim** (ots) - Gemeinsam mit Verantwortungsträgern der Stadt Viernheim konnte durch die südhessische Polizei am 30.12.2007, gegen 00.30 Uhr, ein Skinhead-Konzert in einer Halle "Am Lampertheimer Weg" vorzeitig beendet werden.

Von einer möglichen Veranstaltung in Viernheim erhielt die Polizei erstmals am 29.12.2007, gegen 20.00 Uhr, Kenntnis. Da der Veranstaltungsort zunächst nicht bekannt war, wurden im gesamten Stadtgebiet sofort umfangreiche Aufklärungsmaßnahmen veranlasst.

Gegen 21.00 Uhr stellte die Polizei an einer Halle mehrere Fahrzeuge mit außerhessischen Kennzeichen fest, die auf den Veranstaltungsort hindeuteten. Nach ersten Erkenntnissen hatten sich bereits ca. 200 Personen, die der rechten Szene zuzuordnen sind, dort eingefunden. Mit den zunächst vor Ort eingesetzten Streifenwagenbesatzungen der Polizeistation Lampertheim-Viernheim und den angrenzenden Polizeidienststellen des Polizeipräsidiums Südhessen konnte ein weiterer Zulauf durch Kontrollmaßnahmen verhindert werden.

Zeitgleich wurden weitere Einsatzkräfte aus den Polizeipräsidien Frankfurt, Mittelhessen, Südosthessen und Westhessen sowie aus dem benachbarten PP Mannheim angefordert.

Nach Bekanntwerden der eigentlichen Absicht des Veranstalters wurde der unter anderen Vorzeichen abgeschlossene Mietvertrag durch den Vermieter mündlich gekündigt.

Das taktische Vorgehen der Polizei führte schließlich dazu, dass gegen Mitternacht die Veranstaltung als beendet erklärt wurde. Durch starke Polizeikräfte wurden sämtliche Veranstaltungsteilnehmer einer eingehenden Personenkontrolle unterzogen und nach Erteilung von Platzverweisen kontrolliert aus dem Stadtgebiet geleitet. Die überwiegende Anzahl der Veranstaltungsteilnehmer kamen aus den Bundesländern Saarland, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz.

Strafrechtlich relevante Gegenstände konnten nicht sichergestellt werden. Eine Person wurde in Verwahrung genommen.

Inwieweit der Veranstalter bzw. Veranstaltungsteilnehmer strafrechtliche Verstöße oder Ordnungswidrigkeiten begangen haben wird zurzeit noch geprüft.

**Rückfragen bitte an: Polizeipräsidium Südhessen  
64285 Darmstadt Karlheinz Treusch**

**Klappacher Straße 145  
Telefon: 06151 - 969 2010**

**30.12.2008** [www.echo-online.de](http://www.echo-online.de)

#### **Viernheim: Skinhead-Konzert vorzeitig beendet**

Die Polizei hat am frühen Sonntagmorgen ein Skinhead-Konzert in Viernheim (Kreis Bergstraße) vorzeitig beendet. Die mehr als 200 Teilnehmer der rechten Szene, die vor allem aus Rheinland-Pfalz, dem Saarland und Baden-Württemberg kamen, wurden überprüft und „nach Erteilung von Platzverweisen kontrolliert aus dem Stadtgebiet geleitet“, wie es im Polizeibericht hieß. Eine Person wurde vorübergehend in Verwahrung genommen.

Dpa 30.12.2007

**30.12.2007** [www.morgenweb.de/region/rhein\\_neckar\\_ticker/artikel/regionalticker\\_15807.html](http://www.morgenweb.de/region/rhein_neckar_ticker/artikel/regionalticker_15807.html)

#### **Viernheim: Polizei beendet Skinhead-Konzert vorzeitig**

Viernheim. Die Polizei hat am frühen Morgen ein Skinhead-Konzert im südhessischen Viernheim vorzeitig beendet. Die mehr als 200 Teilnehmer der rechten Szene, die vor allem aus Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und dem Saarland kamen, wurden überprüft und "nach Erteilung von Platzverweisen kontrolliert aus dem Stadtgebiet geleitet", wie es im Polizeibericht hieß. Eine Person wurde vorübergehend in Verwahrung genommen. Das taktische Vorgehen der Polizei, die schon frühzeitig informiert gewesen sei, habe einen weiteren Zustrom von Teilnehmern der rechten Szene verhindert. Der Vermieter der Halle, in der das Konzert stattfand, habe den Mietvertrag am Abend gekündigt, der unter anderen Vorzeichen abgeschlossen worden war. (dpa)

**03.01.2008 Antifaschistische Gruppe Bensheim**

#### **Erneut Nazikonzert an der Bergstraße**

#### **Rechtsrockkonzert in Viernheim**

Am 30.12.fand in Viernheim in der Halle am Lampertheimer Weg ein Rechtsrockkonzert statt, dort spielten zwei bekannte Rechtsrockbands. Zu dem Konzert von „Jungsturm“ und „SKD“ fanden sich ca. 200 Neonazis aus dem gesamten Süddeutschenraum ein.

Gegen 21:00 richtete die Polizei Straßensperren ein um weiteren Zulauf zu verhindern. Gegen 00:30 schaffte es die Polizei nach Personalienaufnahmen die Veranstaltung zu beenden. Der Mündliche Mietvertrag mit dem Hallenbetreiber wurde gekündigt worauf die Gesellschaft die Halle verlassen musste die Polizei führt umfangreiche Personenkontrollen durch.

Dies ist nicht das erste Rechtsrockkonzert im Raum Bergstraße, vielmehr knöpft es an erfolgreiche Veranstaltungen an der Bergstraße an (2005 Konzert in Mittllechtern bei Heppenheim, ebenfalls 2005 in der Oase in Heppenheim). Immer wurde den Verantwortlichen eine Feier vorgelogen.

Wir können nur zum wiederholten male an die Besitzer ähnlicher Lokalitäten und Hallen Appellieren wachsam und vorsichtig zu sein was die Vermietung angeht.

Auch Festzuhalten bleibt dass die Hessischen Polizeibeamten deutlich später als ihre Kollegen aus BaWü reagierten , vielleicht sollte sich Koch nicht so sehr um die Jugendkriminalität mit migrantischem Hintergrund kümmern, darüber keine Rassistischen Reden schwingen, sondern viel mehr um die extreme Rechte die sich auch in Hessen immer weiter ausbreitet.

Kein Fußbreit den Faschisten!

**04.01.2008 Bergsträßer Anzeiger**

#### **Initiative gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit:**

**Positive Jahresbilanz gezogen**

#### **Gegen Rechts: In Kommunen Überzeugungsarbeit leisten**

Bergstrasse. Von den insgesamt 22 Bergsträßer Kommunen haben bislang 16 eine Resolution gegen Rechtsextremismus verabschiedet. Zuletzt hatte sich im Dezember die Gemeindevertretung Einhausen für Toleranz und ein respektvolles Miteinander verschiedener Kulturen und Nationalitäten ausgesprochen. "Am Ende wollen wir sämtliche Städte und Gemeinden überzeugen", formuliert Margarete J. Bauer eines der nächsten Ziele der Initiative gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Kreis Bergstraße. Beim Pressetermin in Heppenheim sagte Bauer, dass die Initiative in den restlichen Gemeinden keinen offenen Widerstand, aber durchaus eine gewisse Skepsis gegenüber einer gemeinsamen und parteipolitisch übergreifenden Erklärung erfahre.

Ein demokratischer Schulterschluss auf kommunaler Ebene sei aber nicht an konkrete Vorfälle oder markante rechte Tendenzen gebunden. Vielmehr komme es darauf an, ein deutliches Zeichen gegen

Fremdenfeindlichkeit zu setzen, so die Sprecherin der Gruppe gestern im Haus der Kirche. "Die Resolution spiegelt vor allem die öffentliche Auseinandersetzung mit dem Thema".

Nach Zwingenberg und Bensheim haben sich seit 2006 zahlreiche weitere Gemeinden mit einem kommunalen Beschluss gegen Rechts positioniert. Als Motor und Motivator der Idee will die Initiative auch weiterhin Überzeugungsarbeit leisten. Vor allem dort, wo die Resolution in den Rathäusern und Stadtparlamenten stecken geblieben scheint, wie Sprecher Klaus Tandler erklärt: "Wir wollen das Thema über die Bürgermeister und Gemeindevorstände transportieren und nicht über die lokalen Parteien". In Lorsch und Biblis, Groß-Rohrheim und Birkenau konnte man sich noch nicht zu einem gemeinsamen Signal gegen Rechtsextremismus durchboxen. In Lindenfels sei eine positive Entscheidung in greifbare Nähe gerückt, während Neckarsteinach über ein gemeinsames Manifest im Verbund mit den baden-württembergischen Nachbargemeinden nachdenke, so Tandler im Gespräch mit unserer Zeitung. Unter dem Dach der Initiative sind derzeit drei Arbeitsgruppen aktiv: Konkrete Integration und interkulturelles Leben stehen im Zentrum der AG "Schulprojekte", in der die ehrenamtliche Förderung sozialer Kompetenzen und die Schaffung besserer Bildungschancen besonders für Migrantenfamilien im Mittelpunkt der Arbeit stehen.

Beim interkulturellen Lernen werden die Beziehungen zwischen ausländischen und deutschen Bürgern thematisiert und weiter entwickelt. In jährlichen Workshops und kulturellen Begegnungen wird der Dialog über eine Kultur der gegenseitigen Anerkennung und ein positives Miteinander gepflegt, erklärt Margarete J. Bauer.

Besonders wichtig ist eine breite Öffentlichkeitsarbeit, um eine zeitgemäße Aufklärung über die vielen Facetten eines neuen Rechtsextremismus zu gewährleisten: Wer sind die betreffenden Gruppen, welche Ziele verfolgen sie und wie ist ihre innere Struktur?

Neben eigenen Veranstaltungen ist die Initiative regelmäßig vor Ort bei anderen Gruppen (Kirchen, Schulen, Gewerkschaften und Politik) präsent, um möglichst viele gesellschaftliche Bereiche für das Thema aufmerksam zu machen. "Die Bergstraße ist eine Region mit vielen rechten Aktivitäten", so Margarete J. Bauer, die allein im Jahr 2007 "zwei DIN A 4 Seiten" mit einschlägigen Veranstaltungen notiert hat. Auch und gerade nach der Auflösung von Gruppen wie "Nibelungensturm" und "Kameradschaft Bergstraße" müsse nun das Augenmerk verstärkt auf jene Parteien gerichtet werden, die aus den jungen Rechten einen Großteil ihres Potenzials beziehen.

Nach wie vor tritt das rechte "Aktionsbündnis Rhein-Neckar" als Veranstalter zahlreicher Mahnwachen und "Kameradschaftsabende" auf. Im Kreisgebiet spielen sich viele rechtsextreme Aktionen unterhalb der Parteebene ab, wie Klaus Tandler erklärt. Gerade diese Szene müsse mit aller Vorsicht verfolgt werden. Auch wenn die Initiative bei ihren Veranstaltungen regelmäßig von rechts außen gestört wird, wie es im vergangenen Jahr unter anderem in Mörlenbach und Viernheim geschehen ist, wie Sprecher Michael Dörr unterstreicht.

Erklärtes Ziel im laufenden Jahr ist eine verstärkte Kooperation mit den Städten und Gemeinden. Als Mitglied im hessischen Beratungsnetzwerk will die Initiative ihre Rolle als Scharnier zwischen Land und sämtlichen Kreis-Kommunen ausbauen. Margarete J. Bauer betont: "Wir sind ausdrücklich eine Bergsträßer Initiative". Tr

#### **04.01.2008 Starkenburger Echo**

#### **Guten Namen in der Region gemacht**

#### **Bilanz: Initiative gegen Rechtsextremismus blickt auf arbeitsreiches Jahr zurück**

KREIS BERGSTRASSE. „Wir wollen zeigen, dass wir die Initiative gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Kreis Bergstraße sind und nicht nur Bensheim und Heppenheim als Zentren im Blick haben“, betonte Margarete Bauer, Sprecherin der Initiative bei der Jahresbilanz am Donnerstag. Die Initiative blickt nach einem ereignisreichen Jahr mit zahlreichen Infoständen, Seminaren, Festen und Diskussionsforen positiv in die Zukunft.

„Die Leute schätzen unsere Arbeit, die Initiative hat sich durch ihre Arbeit einen guten Namen in der Region gemacht“, sagte Bauer. Schwerpunkte der Arbeit gegen Rechts und für mehr Demokratieverständnis waren Schulen, die 22 Städte und Gemeinden sowie aktuelle Brennpunkte. Zu den aktuellen Anlässen, die ein Eingreifen erforderten, gehörte die rechte Kundgebung im Februar in Heppenheim sowie die Bürgermeisterwahl in Bürstadt, bei der ein Kandidat mit populistischen Parolen auf Stimmenfang gegangen sei.

Abgesehen von punktuellen Aktionen, die von Informationen in einzelnen Schulklassen bis zu Vorträgen in Hallen mit mehr als hundert Zuhörern reichten, setzt die Initiative auf breite Präsenz in den Kommunen. Alle 22 Städte und Gemeinden seien mit dem Wunsch kontaktiert worden, eine Resolution gegen Rechts zu verabschieden. „16 von 22 Resolutionen gibt es bis dato, nur Groß-Rohrheim, Biblis, Lorsch, Birkenau, Lindenfels und Neckarsteinach fehlen“, sagt Klaus Tandler von der Initiative.

Dass diese Kommunen bislang außen vor geblieben sind, hat unterschiedliche Gründe. Einige arbeiten länderübergreifend mit anderen Kommunen zusammen, andere sähen sich vom Problem Rechtsextremismus nicht betroffen oder verweisen auf bestehende kommunale Beschlüsse. Die Initiative will

allerdings 2008 erneut versuchen, alle mit in das Boot einer Resolution zu holen, die individuell von den Parlamenten ausgestaltet werden kann. „Das werden wir in diesem Jahr angehen“, betont Tandler. Während die Initiative im vergangenen Jahr ein Multiplikatorenseminar zum Thema „Wie Integration gelingen kann“ im Haus am Maiberg angeboten hat, lädt sie in diesem Jahr am 14./15. März mit kommunalen Partnern zum „Argumentationstraining gegen Stammtischparolen“. Klaus-Peter Hufer, der über das Thema publiziert hat, soll die Multiplikatoren im Kreis fit für den Umgang mit Vorurteilen machen. Mehr als 20 Anmeldungen dafür lagen den Veranstaltern bereits Ende Dezember vor. Genau beobachtet die Initiative die Entwicklung der rechten Szene im Kreis. Mehr als 25 Aktionen haben nach Angabe von Margarete Bauer Rechte im vergangenen Jahr organisiert. Dies war maßgeblich gesteuert von deren Aktionsbüro Rhein-Neckar. Öffentliche Aufmärsche wie zum Jahresbeginn 2007 gehörten ebenso zum Spektrum wie „private Veranstaltungen“, zum Beispiel das rechte Rockkonzert am 29. Dezember in Viernheim, das aufgelöst wurde. „Strategie der Rechten scheint es zu sein, nie die eigenen Leute zu regionalen Veranstaltungen zu schicken, sondern fremde, um zu verschleiern“, vermutet Tandler. Der NPD-Kreisverband mit Postfach in Mörlenbach sei bislang „kaum in Erscheinung getreten“. In der Tat stammten sowohl beim Rockkonzert in Viernheim als auch bei der Störung eines Vortrags der Initiative in Mörlenbach viele Rechte aus anderen Bundesländern. „Braune Nester, von denen wir oder die Politiker vor Ort nichts wissen, gibt es aber überall“, warnt Bauer. Daher sei es nicht nur wichtig, Sensibilität zu fördern, sondern auch den aktiven Einsatz für die demokratischen Werte zu fordern und Menschen dazu aufzurufen, von ihren Rechten als Bürger Gebrauch zu machen. „Wer gar nicht wählen geht, nutzt den kleinen rechten Parteien“, sagt Michael Dörr von der Initiative. Für 2008 plant die Initiative eine Großveranstaltung mit Jugendlichen in Lorsch. Im Theater Sapperlot sollen Interviews vorgestellt werden, bei denen sich Jugendliche gegenseitig zum Thema „Demokratie“ befragt haben. „Damit wollen wir Lorsch daran erinnern, die Idee der Resolution wieder aufzugreifen“, hofft Bauer. Genau wird das Programm für 2008 allerdings erst bei einer Klausurtagung der Initiative im Februar festgelegt werden. Lev

### Initiative gegen Rechtsextremismus **Problem muss breit angegangen werden**

KREIS BERGSTRASSE. Gegründet wurde die Initiative gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Kreis im Jahr 2000 auf Initiative des damaligen Bergsträßer Landrats Norbert Hofmann (SPD). Die Initiative, die kein Verein ist und daher auf die Unterstützung zahlreicher Aktiver angewiesen ist, will Verantwortung für eine konstruktive Gestaltung des interkulturellen Lebens tragen. Dafür engagiert sich ein Kern von 30 bis 40 Personen, die häufig auch beruflich mit der Thematik befasst sind. Groß ist die Resonanz erfahrungsgemäß besonders dort, wo es aktuelle Anlässe gibt, sich mit rechten Parteien oder rechter Ideologie auseinander zu setzen. In vielen Kommunen, die von der Initiative angesprochen oder angeschrieben werden, schlägt den Ehrenamtlichen jedoch auch Unkenntnis oder leichtfertiges Abwiegeln entgegen. Rechtsextremismus sei aber ein Problem in der Breite, nicht an einzelnen, schnell zu bekämpfenden Brennpunkten. Regelmäßige Treffen sorgen für Absprache. Über einen regionalen Newsletter, der in dreistelliger Auflage versendet wird, erfährt ein erweiterter Kreis Neuigkeiten. Seit 2007 ist die Initiative im Internet unter [www.fremdenfreundlich.de](http://www.fremdenfreundlich.de) vertreten. Lev

### **04.01.2008 Odenwälder Zeitung** **Zusammenarbeit mit Kommunen von Bedeutung**

Kreis Bergstrasse. Mittlerweile ist die Initiative gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Kreis Bergstraße keine unbekannte Größe mehr. Dank zahlreicher Veranstaltungen und Aktionen hat sie inzwischen einen beachtlichen Bekanntheitsgrad erreicht. Die Arbeit der Initiative ist offenkundig aber auch notwendig. „Es passiert einiges in unserer Umgebung. Allein im vergangenen Jahr gab es 25 Anlässe“, nahm Margarete Bauer, Sprecherin der Initiative, Bezug auf Vorkommnisse mit rechtsextremem Hintergrund im Kreisgebiet. Aus diesem Grund sei es notwendig, die Menschen über die Tätigkeiten der Neonazis in der Region aufzuklären. Dem hat sich insbesondere die Arbeitsgruppe "Information und Öffentlichkeitsarbeit" angenommen. Unter anderem wurden Infoveranstaltungen im gesamten Kreisgebiet angeboten, eine davon in Mörlenbach im Bürgerhaus. Neonazis versuchten diese damals zu stören, doch dank des konsequenten Gebrauchs des Hausrechts seitens der Kommune und dem Einsatz von Polizeibeamten konnte das Vorhaben der unliebsamen Besucher verhindert werden. Außerdem pflegt die Arbeitsgruppe den regen Kontakt zu den Kommunen im Kreis Bergstraße. So wurde etwa bewirkt, dass die politischen Vertreter der Kommunen in 16 der 22 Städten und Gemeinden im

Kreisgebiet in einer Resolution eindeutig Stellung bezogen haben. Darunter befinden sich inzwischen auch alle Odenwaldgemeinden mit Ausnahme der Kommunen Birkenau, Lindenfels und Neckarsteinach. "Wir werden auch weiterhin mit den Kommunen in regem Kontakt bleiben und mit ihnen aktiv im Kampf gegen den Rechtsextremismus zusammenarbeiten", so Initiative-Mitglied Klaus Tandler. Darüber hinaus kümmert sich die Arbeitsgruppe um die Versendung eines regionalen und überregionalen Newsletters. "Wir haben auch immer wieder Infoveranstaltungen für kleinere Gruppierungen", fügte Margarete Bauer an. "Uns ist es wichtig, auch das Demokratieverständnis zu fördern und zu zeigen, wie bedeutungsvoll es ist, vom Wahlrecht Gebrauch zu machen."

Schwerpunkte der Aufklärungsarbeit lagen im vergangenen Jahr zum einen in Viernheim, das als einer der Brennpunkte rechtsextremistischer Aktionen im Rhein-Neckar-Gebiet gelten dürfe, zum anderen in Bürstadt. Dort sei bei der Bürgermeisterwahl ein rechter Kandidat mit populistischen Parolen auf Stimmenfang gegangen. Mit Erfolg, denn er erhielt am Ende 20 Prozent.

Die Arbeitsgruppe "Projekte an Schulen" bietet beispielsweise durch ehrenamtliches Engagement Sprach- und Orientierungsklassen an, die auf freiwilliger Basis überwiegend von Schülern mit Migrationshintergrund besucht werden. Mit Demokratieseminaren soll ein Beitrag zur Stärkung der Zivilgesellschaft geleistet werden. In interkulturellen Projekten wird auf eine Zusammenführung von

Jugendlichen aus vielen Ländern abgezielt, die gemeinsam an einem Projekt arbeiten. Die Arbeitsgruppe "Interkulturelles Lernen" veranstaltet zum einen alle zwei Monate eine so genannte "Begegnung der Kulturen". Zum anderen finden jährliche Workshops statt. In diesem Jahr wird beispielsweise Klaus-Peter Hufer, Autor des Buchs "Argumentationstraining gegen Stammtischparolen", am 15. März in Heppenheim gastieren und die Teilnehmer gegen platte Sprüche wappnen.

Darüber hinaus werden in stetiger Regelmäßigkeit größere Veranstaltungen wie interkulturelle Feste oder auch Kundgebungen durchgeführt. Initiative-Sprecher Michael Dörr informierte über eine Kundgebung am 12. Januar auf dem Beauer Platz in Bensheim anlässlich der bevorstehenden Landtagswahl. "Es soll dabei vor allem deutlich werden, dass mit dem Nichtwählen in aller Regel nur die Gruppierung stark gemacht wird, die man am allerwenigsten haben möchte", sagte Dörr. Durchgeführt wird die Kundgebung mit Unterstützung zahlreicher weiterer Gruppierungen. gie

#### **05.01.2008 Antifaschistische Gruppe Bensheim**

##### **Weinheim: Nazis überfallen Jugendliche**

Am Sonntag, den 30.12.2007 kam es zu einem gezielten Überfall von etwa 15 Nazis auf eine Gruppe Jugendlicher in Weinheim. Der Vorfall ereignete sich am frühen Abend vor dem Freizeitbad "Miramar". Dabei trugen die Betroffenen Verletzungen davon.

Gegen 18 Uhr verließen einige Jugendliche das Freizeitbad und trafen davor einen Besucher an, der Kleidung der Marke "Thor Steinar" trug. Sie sprachen ihn an, ob er wisse, dass dies eine Marke der Neonaziszene sei. Er antwortete mit "Ja" und behauptete er sei stolz, diese Marke zu tragen. Daraufhin verließ er den Ort und kurze Zeit später kam eine Gruppe von 15 schwarz gekleideten, vermummten und teilweise bewaffneten Nazis. Ein Nazi behauptete, sein Bruder sei von den Jugendlichen provoziert worden. Daraufhin schlugen alle Nazis mit den Worten "Scheiss Kommunisten" unvermittelt auf die Jugendlichen ein, die Prellungen, Schürf- und Platzwunden davontrugen. Glücklicherweise musste niemand stationär behandelt werden.

#### **05.01.2008 Migrantenkinder: Ausländerbeirat gegen "offene Hetze"**

Gremium warnt davor, Ausländer im Wahlkampf als Sündenböcke zu missbrauchen.

**URL: [http://www.fr-online.de/frankfurt\\_und\\_hessen/nachrichten/hessen/?em\\_cnt=1267017](http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/hessen/?em_cnt=1267017)**

#### **05.01.2008 URL: [http://www.fr-](http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/darmstadt/?em_cnt=1267215)**

**[online.de/frankfurt\\_und\\_hessen/nachrichten/darmstadt/?em\\_cnt=1267215](http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/darmstadt/?em_cnt=1267215)**

##### **Rechte Kundgebung auf Ludwigsplatz**

**"Republikaner" fordern Minarettverbot / Gegendemonstrationen erwartet**

##### **VON FRANK SCHUSTER**

Der Landesverband der rechtsextremen Partei "Die Republikaner" plant für den heutigen Samstag von 14 bis 16 Uhr eine Kundgebung auf dem Ludwigsplatz. Die Wahlkampfveranstaltung, zu der nach Angaben der Stadtpressestelle 30 Mitglieder erwartet werden, steht unter dem Motto "Volksbegehren Minarettverbot". Als Redner angekündigt sind der Landesvorsitzende Haymo Hoch aus Zwingenberg und Generalsekretär Carsten Propp. Antifa-Gruppen und die linksalternative Fraktion Uffbasse rufen zu Gegendemonstrationen auf.

Der stellvertretende Stadtpressesprecher Frank Horneff sagte auf Anfrage der FR, die Stadt habe die Kundgebung genehmigen müssen. "Wir hatten rechtlich keine andere Chance." Da es sich bei den "Republikanern" nicht um eine verbotene Partei handele, habe sie ein Grundrecht auf Versammlungsfreiheit. Er erinnerte daran, dass Ex-OB Peter Benz 2002 eine NPD-Demonstration auf dem Mercksplatz verbieten wollte, was das Verwaltungsgericht in Kassel für rechtswidrig erklärte.

Horneff bestätigte Informationen der Antifa-Gruppe Anti-Nazi-Koordination, wonach die heutige Kundgebung bereits der dritte Anlauf der "Republikaner" sei. Die Partei wollte ursprünglich das Bürgerhaus Heiner-Lehr-Zentrum im Martinsviertel für den 15. Dezember mieten; die Stadt habe jedoch abgesagt, da dort schon eine andere Veranstaltung stattgefunden habe. Eine für den 22. Dezember geplante Freiluftveranstaltung hätten die "Republikaner" dann selbst wieder abgesagt, mit der Begründung, es sei zu kalt. Die Antifaschistische Linke Darmstadt vermutet den wahren Grund in Aufrufen zu Gegendemonstrationen. Die Rechten hätten Südhessen zum Wahlkampfsschwerpunkt erklärt, heißt es in einem Newsletter der Antifa-Gruppe.

06.01.2008 [www.echo-online.de](http://www.echo-online.de)

„Ihr seid nur ein Karnevalsverein“

**Die Polizeibeamten müssen sich einiges anhören im aufkommenden Nieselregen**



*WAHL-KAMPF auf dem Ludwigsplatz: Rauflustige Protestierer antifaschistischer Gruppen mit Hitler-Gruß, von der Polizei nur mit Mühe auf Distanz gehalten. Aufschrift auf dem Transparent: „Wer Deutschland liebt, den können wir nur hassen.“ Auf dem Foto im folgenden Text der kleine Stand der Republikaner mit der Unterschriftenliste für ein Minarettverbot. (Fotos: Roman Größer)*

Auseinandersetzung mit frecher Schlitzohrigkeit ist immer die bessere. „Wir sind hier die Heiner, euch wählt hier keiner!“ stimmt Jörg Dillmann an, im Stadtparlament „Uffbasse“-Fraktionschef, am Samstagnachmittag auf dem Ludwigsplatz ganz rauflustiger Protestler.

Was war der Anlass? Die Präsenz von rund einem Dutzend Vertreter der Partei „Die Republikaner“ (REP). Von 14 bis 16 Uhr sollte er dauern, der Wahlkampfauftritt der Partei auf dem Ludwigsplatz. Aber um 14 Uhr beherrschen Jungsozialisten mit Fahnen, ein Infostand der „Linken“ vor „C&A“, Punks, autonome Gruppen und Antifa-Aktionsbündnisse den Platz.

Um 14.20 Uhr rollt ein Kombi mit Mainzer Kennzeichen im Schrittempo vor auf den Platz. Drei Klapptische werden ausgeräumt, zwischen zwei Ahornbäumchen aufgestellt, die um den Bismarck-Brunnen stehen. Sofort ziehen die – nach Polizeiangaben – rund fünfzig Gegendemonstranten einen bedrohlich engen Ring um die Wahlkämpfer.

Die Polizei bildet eine Kette, riegelt mit Beamten und rotweißen Absperrbändern das kleine rechte Revier ab. Trillerpfeifen, Tröten, Hupen, Knarren und Sprechchöre regnen auf Rudolf Lauer (REP-Kandidat für den Wahlkreis 50) und Rainer Bauer (Bruder des REP-Kandidaten Uwe Bauer, Wahlkreis 49) herab.

Als später der hessische REP-Spitzenkandidat Haymo Hoch zu ihnen stößt, wird ihre Lage nicht besser. Hoch nimmt eine Flüstertüte zur Hand, schaltet ein, spricht – und niemand hört auch nur einen Piepser. Die Gegendemo, nicht zuletzt der Block zunehmend militant auftretender Autonomen, trällert alles nieder. Derweil müssen sich die Polizeibeamten einiges anhören im aufkommenden Nieselregen. „Ihr seid Faschisten, wenn ihr Faschisten schützt!“ kommt den Beamten regelmäßig zu Ohr. Eine junge Beamtin verweist auf einen legalen, angemeldeten Wahlkampfauftritt einer nicht verbotenen Partei – und wird hasserfüllt angeschaut.

Schaulustige, Einkäufer, Familien, niemand sieht etwas vom Anlass des lauthalsen Protestes. „Ihr seid nur ein Karnevalsverein!“ wird geschmettert auf der Melodie von „Yellow Submarine“. „Wie soll man das einer Vierjährigen erklären?“, spricht die Oma, die neugierige Enkelin an der Hand. Und setzt hinzu: „Ich hab ihr gesagt, dass sind zwei Parteien, die sich absolut nicht mögen.“ Einfacher geht die Erklärung nicht. Bereits kurz nach 15 Uhr räumt das Republikaner-Grüppchen das Feld, klappt die Tischchen zusammen. Ein Rückzug unter Polizeischutz, unter krawalllustigem Gezeter und heftiger Gebärdensprache der Autonomen.

**Paul-Hermann Gruner 6.1.2008**

**07.01.2008 Pressemitteilung zur Kundgebung am 12. Januar in Bensheim**

**Leben ohne Rassismus!**

**Keine Stimme für NPD und Republikaner!**

Anlässlich der Landtagswahl in Hessen am 27. Januar 2008 veranstalten die Initiative gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Kreis Bergstraße und der DGB-Kreisverband Bergstraße am kommenden Samstag, den 12. Januar, eine gemeinsame Kundgebung auf dem Beauer Platz in Bensheim. Ab 09.30 Uhr haben alle Bürgerinnen und Bürger Vorort die Möglichkeit nähere Informationen über die wahren Inhalte der Wahlprogramme von NPD und Republikanern zu erhalten.

Die Veranstalter stellen fest: Rechtsextreme versuchen den Protest gegen Sozialabbau zu nutzen, um ihre antisemitischen, fremdenfeindlichen und rassistischen Ideologien unter das Volk zu bringen. Doch es ist klar und offensichtlich: die Mäntelchen mögen neu sein, aber die Inhalte sind die alten geblieben.

Neben den beiden Veranstaltern werden auch eine Reihe von befreundeten Vereinen und Organisationen wie u. a. die Geschichtswerkstatt Jakob Kindinger e.V. und der Förderverein für Demokratie und sozialpolitisches Engagement Heppenheim e. V. Stellung beziehen.

Weiterhin freuen sich die Veranstalter über die Unterstützung durch den Integrationsbeauftragten der Stadt Bensheim, Manfred Forell, und die musikalische Begleitung durch den Leiter der Heppheimer Martin-Buber-Schule, Peter Kühn.

### **Hessen ist und bleibt bunt!**

Gerne begrüßen wir auch Vertreter ihrer Redaktionen bei unserem Aktionstag in Bensheim.

Besten Dank für Ihre Bemühungen.

Mit freundlichen Grüßen

**Michael Dörr**

**Für die Initiative gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Kreis Bergstraße**

### **08.01.2008 Große Koalition streitet weiter über Jugendstrafrecht Zentralrat der Juden vergleicht Kochs Wahlkampf mit Niveau der NPD**

Ungeachtet der SPD-Absage an Gesetzesverschärfungen lässt die Union beim Thema Jugendkriminalität nicht locker. Schon in der nächsten Woche könnten Verhandlungen über ein breit angelegtes Konzept zur Bekämpfung der Jugendkriminalität beginnen, sagte CSU-Chef Erwin Huber, wenn die SPD dazu bereit sei.

**Lesen Sie mehr unter:** <http://www.dradio.de/aktuell/720577/>

### **08.01.2008 [www.tagesschau.de](http://www.tagesschau.de)**

#### **\* [Kritik an Koch: "Wahlkampf nahe dem NPD-Niveau"](#)**

Das Niveau des Wahlkampfes des hessischen Ministerpräsidenten Koch bewegt sich nach Meinung des Zentralrats der Juden in Deutschland nahe der rechtsextremistischen NPD. Auch die Grünen und die Linke griffen Koch wegen seiner Kampagne gegen ausländische Gewalttäter heftig an. [\[mehr\]](#)

- [Interview: "Vorstellungen der Union sind nicht umsetzbar"](#)
- [Werden nichtdeutsche Jugendliche häufiger kriminell?](#)
- [Video: Streit um Strafrecht als Wahlkampfstrategie](#)
- [Audio: Debatte um Jugendstrafrecht geht weiter](#)

### **08.01.2008 +++ CDU-Wahlkampf: "Fast schon NPD-Niveau" +++**

Kritik von allen Seiten: Auch dem Zentralrat der Juden missfällt der Wahlkampf der CDU. Roland Koch wechselt derweil die Strategie, er umwirbt jetzt die SPD.

<http://www.zeit.de/online/2008/02/koch-zentralrat-beck?from=24hNL>

### **09.01.2008 NPD dankt Roland Koch**

von Peter Wolter

--> <http://www.jungewelt.de/2008/01-09/046.php>

### **09.01.2008 [NPD: Drei Tage lang Demos der Rechten](#)**

Die Stadt Frankfurt muss mit weiteren Veranstaltungen der NPD rechnen. Wie die Anti-Nazi-Koordination am Dienstag mitteilte, hat die Partei für Freitag, 18. Januar, fünf Info-Stände zur Landtagswahl...

**URL:** [http://www.fr-online.de/frankfurt\\_und\\_hessen/nachrichten/frankfurt/?em\\_cnt=1268895](http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/frankfurt/?em_cnt=1268895)

### **09.01.2008 [www.dradio.de](http://www.dradio.de)**

#### **Hessen-SPD fordert Koch auf, sich von Rechten zu distanzieren**

Die hessische SPD hat Ministerpräsident Koch aufgefordert, sich klar von der NPD zu distanzieren. Der Generalsekretär der Landes-SPD, Schmitt, verwies darauf, dass die NPD Kochs Forderung nach einer raschen Abschiebung krimineller Ausländer gelobt habe. Koch müsse jetzt deutlich machen, dass er Beifall von Rechtsextremen nicht billigend in Kauf nehme, betonte Schmitt. Kritik an Koch kam erneut auch von den Grünen. Deren Fraktionschef im Bundestag, Kuhn, warf dem CDU-Politiker im Deutschlandfunk vor, er instrumentalisieren die Opfer von Jugendkriminalität für seinen Wahlkampf. SPD-Fraktionschef Struck meinte, es sei erschreckend, dass sich Bundeskanzlerin Merkel der unanständigen Haltung Kochs angeschlossen habe.

### **09.01.2008 [Norbert Schmitt \(SPD\): Nur die NPD lobt Roland Koch](#)**

Wiesbaden (ots) - Die NPD lobt Roland Koch für seine Diskussionsbeiträge zum Thema Kriminalität. Darauf hat der hessische SPD-Generalsekretär Norbert Schmitt am Mittwoch in Wiesbaden hingewiesen. "Es ist

höchste Zeit, dass Herr Koch sich mäßig und deutlich macht, dass er Beifall von Seite der Rechtsextremen nicht ...

**10.01.2008 [Migranten schreiben an Koch: Empörung über "schädliche Polemik"](#)**

Berlin/Wiesbaden. Bei den Migranten in Deutschland wächst der Unmut über den Wahlkampf des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch (CDU), der mehr Härte gegen ausländische Straftäter gefordert hat...

URL: [http://www.fr-online.de/in\\_und\\_ausland/politik/aktuell/?em\\_cnt=1269352](http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=1269352)

**10.01.2008 Diesmal gemeinsam gegen rechts**

Breites Bündnis gegen Neonazikundgebungen auf dem Frankfurter Römer von Gitta Düperthal

--> <http://www.jungewelt.de/2008/01-10/048.php>

**12.01.2008 URL: [http://www.fr-online.de/frankfurt\\_und\\_hessen/nachrichten/wiesbaden/?em\\_cnt=1270784](http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/wiesbaden/?em_cnt=1270784)**

**Die Jugendlichen der Nazizeit**

**Veranstaltungsreihe zum bundesweiten Gedenktag bietet Filme, eine Ausstellung und Vorträge**

Bereits zum neunten Mal erinnert die Stadt Wiesbaden vom 20. bis 31. Januar mit einem vielfältigen Programm an die Opfer des Nationalsozialismus. Anlass ist der offizielle und bundesweite Gedenktag am 27. Januar.

Thematischer Schwerpunkt ist in diesem Jahr die Jugend im Nationalsozialismus. Damit beschäftigt sich auch eine Ausstellung, die am 29. Januar in der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung eröffnet und bis zum 19. Februar zu sehen ist. "Zwischen Faszination und Widerstand", so der Untertitel der Ausstellung, die auf dem gleichnamigen Jugendsachbuch der Jugendbuchautorin Susan Campbell Bartoletti basiert. "Wie junge Menschen die Nazi-Zeit überlebten", davon berichtet Werner Kaltefleiter am 31. Januar in der Kana-Jugendkirche.

Auftakt der Veranstaltungsreihe ist am 20. Januar ein Vortrag der Politologin Barbara Bromberger über "Varian Fry und die Rettung von NS-Verfolgten aus Marseille" im Rathaus. Beginn ist um 16 Uhr. Mit der Rettung jüdischer Kinder nach der Reichspogromnacht in Mainz beschäftigt sich Hedwig Brüchert in einem Vortrag am 28. Januar im Rathaus.

Am 21. Januar zeigt die Caligari-Filmbühne um 17 Uhr einen Film über Zeitzeugin Trude Simonsohn mit dem Titel "Warum habe ich überlebt?". Im Anschluss präsentiert Wilma Aden-Grossmann ihre Biografie über Berthold Simonsohn, den Ehemann der Film-Protagonistin. Als Jude wurde er nach Theresienstadt deportiert und überlebte fünf Konzentrationslager. Ebenfalls im Caligari läuft am Samstag, 26. Januar, um 18 Uhr der Film "Am Ende kommen die Touristen". Darin treffen ein Zivildienstleistender und ein Überlebender des Konzentrationslagers Auschwitz aufeinander und beginnen, die Welt des jeweils anderen zu verstehen. Das komplette Programm gibt es bei allen Veranstaltern, im Rathaus, in der Tourist Information und in der Stadtbibliothek. Kooperationspartner sind Verbände, Vereine und Bildungseinrichtungen aus Wiesbaden, die Kirchen, die Jüdische Gemeinde und die Hessische Landeszentrale für politische Bildung. Bei den meisten der insgesamt elf Veranstaltungen ist der Eintritt frei. **lib**

Informationen im Internet unter [www.wiesbaden.de](http://www.wiesbaden.de)

**14.01.2008 [Bergsträßer Anzeiger](#)**

**Kundgebung zur Landtagswahl: Gegen Rassismus und fremdenfeindliche Parolen**

**Es darf nicht beim Schweigen und Wegsehen bleiben**

**Bergstrasse.** Zu einer Kundgebung gegen Rassismus und faschistische Wahlkampfparolen versammelten sich am Samstagvormittag etwa 50 Teilnehmer in Bensheim. Auf dem Beauer Platz ging es in erster Linie um die Wahlprogramme von Parteien wie NPD und Republikaner, in denen zum Teil offen, zum Teil unter dem Deckmantel populistischer Sozialkritik fremdenfeindliche und antisemitische Ideologien verbreitet werden, so die Veranstalter.

**Rechtsextreme auf dem Vormarsch**

"Der Rechtsextremismus versucht in die Mitte der Gesellschaft einzudringen", erklärte Margarete J. Bauer von der Initiative gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Kreis Bergstraße. Gemeinsam mit dem Kreisverband Bergstraße des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) informierte die Initiative im unmittelbaren Vorfeld der hessischen Landtagswahl am 27. Januar über die politischen Strategien, mit denen rechtsextreme Parteien auf Stimmenfang gehen.

Neben den beiden Hauptorganisatoren waren außerdem die Geschichtswerkstatt Jakob Kindinger, der Förderverein für Demokratie und sozialpolitisches Engagement Heppenheim sowie der Arbeitskreis Zwingenberger Synagoge mit Informationsständen vertreten. Auch das Bündnis gegen Rechtsextremismus Südhessen sowie verschiedene antifaschistische Aktionsgruppen hatten im Vorfeld zur Teilnahme aufgerufen.

Unter dem Motto "Ein Leben ohne Rassismus" skizzierte Margarete J. Bauer die latenten und akuten Gefahren rechtsextremen Gedankenguts, auf das demokratische Parteien und eine zivilgesellschaftliche Gegenströmung mit einer kollektiven "Null-Toleranz-Haltung" reagieren müssten: "Schweigen und Wegsehen wird leicht als Akzeptanz verstanden." Stattdessen dürften rechte Wahlerfolge nicht mit sozialen Problemen entschuldigt werden. Die Bekämpfung rechter Strömungen sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe von allerhöchster Priorität, so Bauer auf dem Beauer Platz.

Auch der Integrationsbeauftragte der Stadt Bensheim wies auf die offen geäußerte Fremdenfeindlichkeit hin, mit der etliche Parteien eine rechtsgerichtete Wahlkampfstimmung in die Bevölkerung tragen wollen.

Manfred Forell: "Sozialstaat und Zuwanderung sind keineswegs Gegenpole, wie uns diese Leute glauben machen wollen. Sie können sich wunderbar ergänzen." Nicht nur die NPD spreche eine deutliche Sprache, wenn sie die Ausweisung "kulturfremder Ausländer" propagiere. Auch Parteien wie die Republikaner, die mit drei Sitzen im Bergsträßer Kreistag vertreten sind und ein "Minarettverbot" fordern, oder die Deutsche Volksunion (DVU) in Bayern benutzten eindeutige fremdenfeindliche Inhalte in ihren Wahlprogrammen. "Auf diese Art des gesellschaftlichen Aufräumens können wir verzichten. Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen", betonte Forell, der unter großem Applaus forderte: "Keine Stimme für faschistische Parteien."

Weitere Redner waren Peter E. Kalb (Geschichtswerkstatt Jakob Kindinger), Evelyn Berg von den Kreis-Grünen und Roland Dorsheimer vom Förderverein für Demokratie und sozialpolitisches Engagement in Heppenheim. Einen musikalischen, aber nicht minder kritischen Beitrag lieferte Peter Kühn, Leiter der Martin-Buber-Schule in Heppenheim: "Auch zwischen den Wahlen gilt es, seine Stimme gegen Rechts zu erheben." Michael Dörr vom DGB-Kreisverband, neben Margarete Bauer zweiter Sprecher der Initiative gegen Rechtsextremismus, begrüßte die Teilnehmer mit einer Lesung aus dem Buch "Rechtsextremismus" des Politikwissenschaftlers Christoph Butterwegge. In dem Buch verdeutlicht der Autor die zeitgenössische Modernisierung rechter Strömungen unter Beibehaltung ihres zutiefst inhumanen Wesens.

Wie Margarete J. Bauer mitteilt, hat die hessische NPD für den laufenden Monat zahlreiche Kundgebungen und Aktionen in der Region Bergstraße angekündigt – unter anderem in Bensheim, Heppenheim, Viernheim und Biblis. Die Initiative gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit werde mit den betreffenden Kommunen über mögliche Gegenmaßnahmen sprechen.

tr

#### **14.01.2008 Starkenburger Echo**

##### **Stimmen gegen Rechts**

##### **Landtagswahl: Kundgebung auf dem Beauer Platz – „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen“**

BENSHEIM. Zu einer Kundgebung gegen Rassismus und faschistische Wahlkampfparolen versammelten sich am Samstag etwa 50 Teilnehmer in Bensheim. Auf dem Beauer Platz ging es in erster Linie um die Wahlprogramme von Parteien wie NPD und Republikaner, in denen zum Teil offen, zum Teil unter dem Deckmantel populistischer Sozialkritik fremdenfeindliche und antisemitische Ideologien verbreitet werden, so die Veranstalter.

„Der Rechtsextremismus versucht, in die Mitte der Gesellschaft einzudringen“, erklärte Margarete J. Bauer von der Initiative gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Kreis Bergstraße. Gemeinsam mit dem Kreisverband Bergstraße des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) informierte die Initiative im Vorfeld der Landtagswahl am 27. Januar über die politischen Strategien, mit denen rechtsextreme Parteien auf Stimmenfang gehen.

Neben den beiden Hauptorganisatoren waren die Geschichtswerkstatt Jakob Kindinger, der Förderverein für Demokratie und sozialpolitisches Engagement Heppenheim sowie der Arbeitskreis Zwingenberger Synagoge mit Informationsständen vertreten.

Unter dem Motto „Ein Leben ohne Rassismus“ skizzierte Margarete J. Bauer die latenten und akuten Gefahren rechtsextremen Gedankenguts, auf das demokratische Parteien und eine zivilgesellschaftliche Gegenströmung mit einer kollektiven „Null-Toleranz-Haltung“ reagieren müssten: „Schweigen und Wegsehen wird leicht als Akzeptanz verstanden.“ Stattdessen dürften rechte Wahlerfolge nicht mit sozialen Problemen entschuldigt werden.

Auch Manfred Forell, Integrationsbeauftragter der Stadt Bensheim, wies auf die offen geäußerte Fremdenfeindlichkeit hin, mit der etliche Parteien eine rechtsgerichtete Wahlkampfstimmung in die Bevölkerung tragen wollen: „Sozialstaat und Zuwanderung sind keineswegs Gegenpole, wie uns diese Leute glauben machen wollen. Sie können sich wunderbar ergänzen.“ Nicht nur die NPD spreche eine deutliche Sprache, wenn sie die Ausweisung „kulturfremder Ausländer“ propagiere. Auch Parteien wie die Republikaner, die mit drei Sitzen im Bergsträßer Kreistag vertreten sind und ein „Minarettverbot“ fordern, benutzten eindeutige fremdenfeindliche Inhalte in ihren Wahlprogrammen. „Auf diese Art des gesellschaftlichen Aufräumens können wir verzichten. Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen“, betonte Forell, der unter großem Applaus forderte: „Keine Stimme für faschistische Parteien.“

Weitere Redner waren Peter E. Kalb (Geschichtswerkstatt Jakob Kindinger), Evelyn Berg von den Kreis-Grünen und Roland Dorsheimer vom Förderverein für Demokratie und sozialpolitisches Engagement in Heppenheim. Einen musikalischen, aber nicht minder kritischen Beitrag lieferte Peter Kühn, Leiter der Martin-Buber-Schule in Heppenheim: „Auch zwischen den Wahlen gilt es, seine Stimme gegen Rechts zu erheben.“

Wie Margarete Bauer, Sprecherin der Initiative gegen Rechtsextremismus, mitteilte, hat die NPD für Januar Kundgebungen und Aktionen in der Region angekündigt – unter anderem in Bensheim, Heppenheim, Viernheim und Biblis. Die Initiative werde mit den betreffenden Kommunen über mögliche Gegenmaßnahmen sprechen. tr

#### **14.01.2008 Odenwälder Zeitung**

##### **Lokale Nachrichten**

Verschiedene Organisationen hatten am Samstag zum Aktionstag "Hessen bleibt bunt" eingeladen. Bild: Schilling Die Verpackung hat sich geändert, der Inhalt ist gleich Region. Die Plakate zur Landtagswahl sind mittlerweile in jeder Gemeinde zu sehen. Eine Herde von weißen Schafen, eines davon kickt ein schwarzes Schaf weg. Betitelt ist das Ganze mit: "Wir räumen auf". Allein schon die Motivik ist an doppeldeutiger Eindeutigkeit, die fast schon zynische Züge aufweist, kaum zu überbieten. Die Bergstraße und der Odenwald sind wahrlich nicht frei von Ewigestrigen, die zur Wahl mit plumpen Parolen auf Stimmenfang gehen. "Hessen und der Odenwald sind bunt und nicht braun.

Das muss und wird auch in Zukunft so bleiben", bezieht Horst Raupp, Regionssekretär des DGB Südhessen, klare Gegenposition. Im Rahmen eines Aktionstages mit Kundgebungen in Bensheim, Michelstadt und Reichelsheim drückten neben den Gewerkschaften weitere Organisationen wie etwa auch die Initiative gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Kreis Bergstraße ihre Abneigung gegenüber dem antidemokratischen, menschenverachtenden, rassistischen und antisemitischen Gedankengut rechtsextremer Parteien aus.

Die Veranstaltungen verliefen ohne besondere Vorkommnisse. Zwar versuchten dem Vernehmen nach mehrere Personen, die offenkundig der rechten Szene zuzuordnen waren, die Kundgebungen in Bensheim und Reichelsheim zu stören, allerdings wurde dies entweder durch anwesende Ordnungshüter verhindert oder die Neonazis traten freiwillig den Rückzug an. Im Rahmen der Veranstaltungen wurde mehrfach unterstrichen, dass es nicht hinnehmbar sei, dass Neonazis demokratische Rechte missbrauchen, um die Demokratie abzuschaffen. Es könne nicht sein, dass Kommunen gezwungen werden, Aufmärsche und Kundgebungen von Rechtsextremisten hinzunehmen. Überdies sei es nicht zu dulden, dass etwa die NPD Gelder aus der Staatskasse erhalte und somit letztlich die Bürger mit Steuergeldern die braune Propaganda unfreiwillig mitfinanzieren würden.

Zwar würden sich die Neonazis nun mit Vorliebe als Verteidiger des Sozialstaats und Gegner der Globalisierung präsentieren, aber dabei handle es sich lediglich um eine andere Verpackung. Der Inhalt sei noch immer identisch. Auch 1933 seien die Nazis mit pseudoantikapitalistischen Parolen auf Stimmenfang gegangen. Eine Strategie an die die Neonazis in der heutigen Zeit anknüpfen.

Allerdings riefen die Redner auch mehrfach dazu auf, die Wahlkampagne der hessischen CDU näher zu beleuchten. Dabei wurde mit Ministerpräsident Roland Koch hart ins Gericht gegangen, der angesichts sinkender Umfragewerte eine fremdenfeindliche Karte aus dem Hut zaubere. "Koch geht es dabei nicht um besseren Opferschutz oder eine Beseitigung der Probleme, sondern um reine Stimmungsmache.

Ihm ist keine Polemik zu billig und keine Kampagne zu schmutzig, wenn es darum geht, seine Macht zu erhalten", wurde der DGB-Sekretär Raupp deutlich. Der beste Schutz gegen Gewalt sei eine gute Schul- und Berufsausbildung für Jugendliche, weshalb die Investitionen im Bereich der Bildung erhöht, mehr Lehrer eingestellt und die Klassen verkleinert werden müssten. So könne eine gute Basis gegen rechtes Gedankengut geschaffen werden. Ferner wurden die Gäste der Kundgebungen dazu aufgerufen, vom Wahlrecht Gebrauch zu machen. "Je höher die Wahlbeteiligung ist, desto sicherer ist es, dass faschistische Parteien dort bleiben, wo sie hingehören - nämlich möglichst weit unter fünf Prozent. Für braune Verbrecher, Holocaustleugner und Geschichtsfälscher ist im Hessischen Landtag kein Platz", so Raupp. gie

**14.01.2008 URL: [http://www.fr-online.de/frankfurt\\_und\\_hessen/nachrichten/hanau/?em\\_cnt=1271410](http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/hanau/?em_cnt=1271410)**

##### **Der NPD hört keiner zu**

##### **Gegendemonstrationen**

Geplant waren am Samstag sechs NPD-Kundgebungen in verschiedenen Städten der Wetterau. Überall stießen die Rechtsextremen auf Protest. In Butzbach waren sie mit etwa 13 Leuten und einem Stehtisch am Marktplatz. Am Stand des Butzbacher Bündnisses für Demokratie und Toleranz nebenan versammelten sich dagegen etwa 60 Menschen.

Ein Verbotsantrag der Stadt war vom Verwaltungsgericht Gießen am Freitag abgewiesen worden. Laut dem stellvertretenden Einsatzleiter der Polizeidirektion Wetterau, Matthias Lapp, durfte die NPD keine

Lautsprecher nutzen. Eine Kundgebung fiel deshalb aus. Auch Karben, Bad Vilbel, Friedberg, Büdingen und Ortenberg standen auf dem Tagesprogramm der NPD.

Die Stadt Karben hatte die Kundgebung verboten, die NPD legte dagegen keinen Widerspruch ein. Deshalb fand in Karben nur eine Kundgebung des DGB statt. In Bad Vilbel gab die NPD eine Kundgebung über Lautsprecher. Dieser sei genehmigt gewesen, sagte ein Sprecher der Polizeidirektion Wetterau gestern auf Nachfrage. Gegendemonstranten piffen lautstark dagegen.

Auch in Friedberg und Büdingen hielten die Rechtsextremen Reden. Mitgereiste Antifaschisten berichteten, dass kaum Passanten dort gewesen seien. In Ortenberg baute die NPD ihren Infostand am Nachmittag gar nicht auf. Es gab kein Publikum, Gegendemonstranten hatten schon auf sie gewartet. Wie die Polizei mitteilte, gab es nirgendwo Zwischenfälle. **pz**

#### 14.01.2008 »Finanzkapital braucht Kochs Rassismus«

Die Arbeitskraft von Migrantenkindern wird immer weniger gebraucht. Die CDU will daher von der sozialen Frage ablenken. Ein Gespräch mit Rainer Roth von Gitta Düperthal

--> <http://www.jungewelt.de/2008/01-14/052.php>

14.01.2008 [www.welt.de](http://www.welt.de)

**Volksverhetzung** - [Zündel-Anwältin muss dreieinhalb Jahre in Haft](#) von dpa/ab

Als Anwältin des Holocaust-Leugners Ernst Zündel hatte auch sie im Prozess den millionenfachen Mord an den Juden in der NS-Zeit bestritten. Jetzt wurde die 44-jährige Rechtsanwältin selber zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt. Außerdem sprachen die Richter ein fünfjähriges Berufsverbot aus. » [mehr](#)

- [Rechtsextremismus: Neue Ermittlungen gegen Mahler nach Interview](#)
- [Ernst Zündel: "Agitator, Hetzer, Brandredner"](#)
- [Rechtsextremismus: Fünf Jahre Haft für Holocaust-Leugner Zündel](#)
- [Justiz: Zündel-Anwältin muss selbst vor Gericht](#)
- [Holocaust: Höchststrafe für Zündel - was sonst?](#)
- [Rechtsextremismus: Mahler soll wegen Hitlergruß ins Gefängnis](#)

14.01.2008 [www.welt.de](http://www.welt.de)

**Wahlkampf** - [Grass wirft Roland Koch NPD-Sprache vor](#) von dpa/os

Im Streit ums Thema Jugendkriminalität greift Günter Grass noch einmal Roland Koch an. Bei einer Wahlkampf-Veranstaltung in Hamburg warf er Koch vor, die Sprache der NPD zu sprechen. Bei früheren Auftritten hatte der Literaturnobelpreisträger den Politiker bereits als Demagogen bezeichnet. » [mehr](#)

15.01.2008 URL: [http://www.fr-online.de/frankfurt\\_und\\_hessen/nachrichten/frankfurt/?em\\_cnt=1271647](http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/frankfurt/?em_cnt=1271647)

**Frankfurt** - **Nur für Demokraten** **Von Georg Leppert**



An allen Ecken des Römerberges sollen Transparente hängen. Transparente mit Zitaten wie "Das war ein Vorspiel nur. Dort, wo man Bücher verbrennt, verbrennt man auch am Ende Menschen" (Heinrich Heine) oder "Wer vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart" (Richard von Weizsäcker).

In der Alten Nikolaikirche soll es Gottesdienste geben und eine Ausstellung, die Verbrechen von Neonazis dokumentiert. Und auf dem Römerberg wollen sich Menschen versammeln, um gegen Rechtsradikale zu demonstrieren. Frankfurt macht mobil gegen die Kundgebungen der NPD und der Republikaner am kommenden Wochenende, 19. und 20. Januar.

"Wir erwarten, dass die Polizei uns freien Zugang zum Römerberg gewährt", sagt der Frankfurter DGB-Vorsitzende Harald Fiedler. Gemeinsam mit seinen Mitstreitern vom Römerbergbündnis organisiert er den Protest gegen die als Wahlkampfkundgebungen angemeldeten Veranstaltungen der Rechten. Samstag wie Sonntag wird es jeweils von 14 Uhr an ökumenische Gottesdienste in der Nikolaikirche geben.

## Römerbergbündnis

Fünf Institutionen sind im Römerbergbündnis vertreten: die Evangelische Kirche, die Katholische Kirche, die Jüdische Gemeinde, der Frankfurter Jugendring und der Deutsche Gewerkschaftsbund.

Gegründet wurde das Bündnis 1978. Damals protestierte es gegen eine Versammlung der NPD am Römer. Der Protest gegen Rechtsradikale eint die Gruppen bis heute. Im vergangenen Jahr demonstrierten sie mit zwei Kundgebungen gegen Neonazis.

Dass die 100 Sitzplätze in dem Gotteshaus schnell besetzt sein werden, steht für das Römerbergbündnis außer Frage. Im Stundentakt sollen die Gottesdienste wiederholt werden, kündigt Pfarrerin Andrea Braunberger-Myers an. Zudem werden in der Kirche 100 Schautafeln stehen. Auf jeder ist ein Übergriff von Neonazis dokumentiert.

Wer einen Gottesdienst besuchen möchte, werde auf jeden Fall in die Kirche gelangen – möglicherweise jedoch nicht auf dem direkten Weg, sagt Polizeisprecher Jürgen Linker. Denkbar sei, dass sich die Besucher von der Mainseite her nähern müssen.

Anders als bei den Neonazi-Demonstrationen in Hausen am 7. Juli und am 20. Oktober werde die Polizei die Rechten zwar nicht unter Ausschluss der Öffentlichkeit aufmarschieren lassen. Eine komplette Sperrung des Römerberges scheint nicht geplant. Linker spricht aber von "kontrolliertem Zugang". Was das heißt, bleibt unklar. Nur so viel sagt der Polizist: "Wir wollen die demokratische Auseinandersetzung nicht verhindern, müssen aber darauf achten, dass es zu keinen Gewalttaten kommt." Offenbar will die Polizei Kontrollstellen einrichten und dort mutmaßlich gewalttätige Gegendemonstranten abweisen.



[Anti-Nazi-Demo](#) (dpa)

Mehrere Mitglieder des Römerbergbündnisses sagen unumwunden, dass sie die Veranstaltungen der Rechten besuchen und gegen die Redebeiträge demonstrieren wollen. Etwa Jan Lamprecht vom Frankfurter Jugendring. "Das sind Wahlkampfveranstaltungen, und als Wähler habe ich das Recht, diese zu verfolgen." Noch deutlichere Wort hatte zuletzt die Anti-Nazi-Koordination gefunden. Sie will sich am Samstag um 11 und um Sonntag um 13 Uhr am Römer treffen und den Platz besetzen. Die Gruppe hofft, die Veranstaltungen der Rechten, die jeweils zwei Stunden später beginnen sollen, verhindern zu können. Unterdessen hat das Römerbergbündnis eine Erklärung unter dem Titel "Der Frankfurter Römerberg gehört den Demokraten" veröffentlicht. Erste Unterzeichner sind die Vertreter aller demokratischen Parteien, die der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung angehören.

**Kommentar:** [Sichtbarer Protest](#)

16.01.2008 URL: [http://www.fr-online.de/frankfurt\\_und\\_hessen/nachrichten/hessen/?em\\_cnt=1272429](http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/hessen/?em_cnt=1272429)

**NPD - Ein Kamerad steigt aus**  
**VON JOACHIM F. TORNAU UND CARSTEN MEYER**

Simon Zimmermann ist verschnupft. Schniefend sitzt er im Café eines Einkaufszentrums im mittelhessischen Wetzlar und rührt in einer Tasse Kaffee. Schüchtern wirkt er und etwas unbedarft. Doch dann sagt der 21-Jährige plötzlich Sätze wie diesen: "Wenn ich Politik machen will, dann habe ich eine enorm große Verantwortung gegenüber meinem Land und auch gegenüber meinem Volk."



[NPD-Aussteiger](#) (FR)

Wörter wie ausgestanzt. Sie klingen, als könnte er sie auf den Schulungen jener Partei gelernt haben, der er bis vor kurzem noch angehörte. Simon Zimmermann war jahrelang Mitglied der NPD. Und sogar eines der führenden in Hessen: Als Landesvorsitzender der Nachwuchsorganisation "Junge Nationaldemokraten" (JN) saß er im Landesvorstand der rechtsextremen Partei. Vor einem halben Jahr aber stieg er aus - nicht nur aus der NPD, sondern aus der rechten Szene insgesamt. Jetzt versucht er, sein Leben neu zu ordnen.

## NPD-Karriere

**Der Aufstieg:** Mit 18 Jahren trat Simon Zimmermann in die "Jungen Nationaldemokraten" (JN) ein: Im Oktober 2004 legte er beim JN-Bundeskongress den Eid ab. Binnen weniger Monate wurde Zimmermann "Stützpunktleiter" der JN für Mittelhessen, Jugendreferent der NPD im Lahn-Dill-Kreis und schließlich im Oktober 2005 hessischer Landesvorsitzender der JN.

**Der Ausstieg:** Im April 2007 verließ er JN und NPD und gründete die Kameradschaft "Nationale Front Mittelhessen". Als sich die 20-köpfige Gruppe im Juli 2007 auflöste, verabschiedete sich Zimmermann von der rechten Szene. Im Dezember 2007 präsentierte sich der 21-Jährige im Hessischen Rundfunk erstmals öffentlich als Nazi-Aussteiger.

Wenn sich Simon Zimmermann im Gespräch seiner Vergangenheit stellt, bekommt der Zuhörer eine Ahnung von der inneren Zerrissenheit des jungen Mannes. Auf der einen Seite begreift der ehemalige NPD-Funktionär mehr und mehr seine Mitverantwortung für Hass und Hetze der Rechtsextremen, andererseits verfällt er immer wieder in das befremdliche Pathos von einst. Die markigen Worte von Volk und Verantwortung aber benutzt er heute, um seinen Abschied vom braunen Lager zu begründen: "Wenn ich der Meinung bin, dass in einer Partei etwas geschieht, was dem Staat und unserem Volk schaden kann, bin ich schon von moralischer Seite her verpflichtet, mich gegen diese Partei zu stellen."

Und das tut Simon Zimmermann jetzt. Er sucht die Öffentlichkeit und verkündet, was er mittlerweile von der NPD und ihrem hessischen Landesvorsitzenden Marcel Wöll (24) hält: "Die NPD will Ziele, die schon die NSDAP hatte, erneut umsetzen." Ins Landtagswahlprogramm seien Ziele des historischen Nationalsozialismus "eins zu eins" übernommen worden. Rassistische Verschwörungstheorien von einer "biologischen Kriegsführung gegen das deutsche Volk" würden in der Partei eine große Rolle spielen: "Es heißt, dass die Einwanderung von Schwarzen nach Deutschland gefördert werde, um dadurch das starke deutsche Blut zu vermischen." Und bei Marcel Wöll und seiner Kameradschaft sehe er auch "eine potenzielle Gefahr der Gewaltbereitschaft".

Die Kritik an der NPD kommt dem 21-Jährigen flüssig über die Lippen. Schwerer tut er sich, wenn es um seine eigene Rolle als rechtsextremer Funktionär geht. "Mich hat dieses Kameradschaftliche, dieses Abenteuerliche und Verbotene gereizt", versucht er seinen Einstieg zu erklären. Mit der "Ausländerpolitik", wie er die tumben Ausländer-raus-Forderungen seiner Ex-Partei noch heute nennt, habe er nie etwas zu tun gehabt. Unter seiner Führung seien die JN "relativ zahm" gewesen, behauptet er und versteigt sich schließlich zu dem erstaunlichen Satz: "Wir haben schon gewisse politische Diskussionen geführt, aber ansonsten kam das schon recht nah an das Leben eines Pfadfinders heran."

Der junge Aktivist organisierte Zeltlager, Konzerte, Rednerabende und Schulungen. Zusammen mit NPD-Chef Marcel Wöll präsentierte er ein "Vier-Säulen-Konzept", wie Hessens Jugend für die braune Sache gewonnen werden sollte.

Alles ganz harmlos? Nein, räumt Zimmermann ein, "nicht alles". "Dadurch, dass ich Fahrten zu Konzerten organisiert habe, auf denen Musik gespielt wurde, die zu Gewalt und Hass gegen Ausländer aufgerufen hat, habe ich eine gewisse Mitschuld daran, Hass in unserer Gesellschaft gesät zu haben. Das werfe ich mir schon sehr vor."

Seit Zimmermann im Dezember erstmals als Aussteiger vor eine Fernsehkamera trat, sprüht die rechte Szene Gift und Galle. Einschlägige Internetforen sind voll mit Diskussionen um seine Person, mit Schmähungen, Hass und Häme. "Das sind ja doch Drohungen", sagt der 21-Jährige leise, nachdem er sich in einen dicken Papierstapel mit den Computerausdrucken vertieft hat. Und es klingt, als fände er das wirklich überraschend. "Ich habe keine Angst", hatte er kurz zuvor noch verkündet. Nur einmal tauchte ein Häufchen Neonazis abends vor seinem Haus auf und spielte rechte Musik ab.

Vielleicht liegt es an der bevorstehenden Landtagswahl, dass sich auch die NPD um eine ganz und gar bürgerliche Reaktion bemüht. Mit einer "strafbewehrten Unterlassungserklärung" will Landesvorsitzender Wöll auf juristischem Wege versuchen, seinen früheren Parteigenossen mundtot zu machen und ihm seine "ungeheuerlichen Unterstellungen" zu untersagen. Zimmermann habe zudem nicht wegen eines "politischen Sinneswandels" den Hut genommen, schäumte Wöll, sondern sei wegen "Unfähigkeit" und "etlichen Monaten Beitragsrückstand" zum Austritt aufgefordert worden. "Weder die hessische NPD, noch die Jungen Nationaldemokraten haben Herrn Zimmermann bisher auch nur eine Träne nachgeweint."

Der Ausstieg als Rauswurf also? Das gibt auch der einstige rechtsextreme Hoffnungsträger zu. Aber er erzählt die Geschichte anders: Er habe sich gegen das Landtagswahlprogramm ausgesprochen, weil es ihm zu nationalsozialistisch ausgefallen war, und sei daraufhin in der Partei regelrecht gemobbt worden.

Nachdem ihm Parteichef Wöll wegen seiner Kritik auch noch mit einem Ausschlussverfahren wegen "parteischädigenden Verhaltens" gedroht habe, sei er eben ausgetreten.

"Die Ziele der NSDAP waren noch nie meine Ziele", sagt Zimmermann. Und in der Tat: Mit der Begeisterung seiner Kameraden für das "Dritte Reich" hatte er auch als Funktionär schon so seine Probleme gehabt: Als die Polizei einmal eine Geburtstagsparty der Rechten in Nordhessen aufgelöst hatte, verglich er das "brutale Verhalten" der Beamten mit dem der SA - und wurde daraufhin gescholten, wie er denn Hitlers "Sturmabteilung" derart beleidigen könnte. "Ich möchte klarstellen", musste er schließlich unter dem Druck der NS-Romantiker in den eigenen Reihen unfreiwillig komisch verlautbaren, "dass es nicht in meinem Interesse lag, die SA als Schlägertruppe darzustellen."

## **Antikapitalistische Aktionen**

Es mag gekränkte Eitelkeit gewesen sein, die Zimmermanns Abschied von der NPD einleitete. Doch er fand den Einstieg in den Ausstieg aus der rechten Szene - auch ideologisch. Die Kameradschaft, die er nach seinem Parteiaustritt mit anderen Ex-JNlern in Mittelhessen gründete, sei schon "nicht mehr wirklich ein braunes Projekt" gewesen, sagt der 21-Jährige. "Wir haben antikapitalistische Aktionen durchgeführt, wie einen Protestmarsch durch ein Dorf hier in der Nähe gegen die Senkung der Unternehmenssteuer."

Nach wenigen Wochen war aber auch damit Schluss. Seitdem ist Zimmermann in den Schoß der bürgerlichen Gesellschaft zurückgekehrt, kümmert sich um seine Gesellenprüfung zum Elektriker, will seinen Wehrdienst ableisten. Und eines Tages würde er gerne auch - so sagt er es tatsächlich - "wieder Politik machen". Als habe er eine ganz normale demokratische Partei verlassen.

Doch was er heute mit "Politik zum Wohle und im Interesse unseres Volkes" meint, ist nicht mehr dasselbe wie früher: Neben der Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit nennt der 21-Jährige nun auch die Aufrechterhaltung der guten Beziehungen zu den USA, zu Europa, zu Israel. Simon Zimmermann möchte sich in Zukunft lieber staatstragend engagieren. "Aber es ist natürlich äußerst schwer, als früherer NPDler eine Partei zu finden, die einen mit offenen Armen aufnimmt." Vorstellen könne er sich am ehesten die Linkspartei. Oder vielleicht auch die CDU, das weiß er noch nicht so genau.

**16.01.2008** URL: [http://www.fr-online.de/frankfurt\\_und\\_hessen/nachrichten/hessen/?em\\_cnt=1272426](http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/hessen/?em_cnt=1272426)  
**Interview** - **Nur wenige werden rückfällig**

*Wie beurteilen Sie den Ausstieg von Simon Zimmermann, des Ex-Landesvorsitzenden der Jungen Nationaldemokraten (JN), aus der rechten Szene?*

Zu Zimmermann habe ich keinen Kontakt. Er wird nicht von Ikarus betreut. Zu einzelnen Personen kann und will ich mich aber grundsätzlich nicht äußern. Ich kann nur sagen, dass man immer ganz genau überprüfen muss, ob Leute auch wirklich ausgestiegen sind.

*Wie finden Sie das heraus?*

#### **Zur Person**

**Wilfried Rexroth** ist Sozialwissenschaftler und Leiter des hessischen Neonazi-Aussteigerprogramms "Ikarus".

**Ikarus** steht für "Informations- und Kompetenzzentrum – Ausstiegshilfe Rechtsextremismus". Es wurde zum 1. Dezember 2002 vom Land Hessen eingerichtet und ist beim Landeskriminalamt in Wiesbaden angesiedelt.

**Das "Netzwerk gegen Rechts"** gibt es seit August 2007. Es wird von Ikarus koordiniert. Ihm gehören zahlreiche Initiativen und Organisationen an.

Internet: [www.ikarus-hessen.de](http://www.ikarus-hessen.de)

Wenn jemand sagt, er will aus der rechten Szene aussteigen, machen wir zuerst eine Art Anamnese: Wir fragen die Geschichte ab, finden heraus, wo die Knackpunkte liegen, warum sie sich für einen Ausstieg interessieren. Dann werden Kontrakte mit den Aussteigern getroffen - etwa dass sie ihre rechte Musik abzugeben haben, dass sie ihre Kleidung entfernen müssen, dass sie sich nicht mehr in bestimmten sozialen Zusammenhängen aufhalten dürfen. Ob sie das einhalten, wird von uns überprüft.

*Wie viele Aussteiger hat Ikarus bislang betreut? Und wie viele wurden wieder rückfällig?*

Wir sind mittlerweile so bei 55 bis 60 Leuten. Und wir wissen, dass vier davon wieder auffällig geworden sind - indem sie bei rechten Konzerten dabei waren oder bei Demos.

*Was tun Sie, um Ausstiegswillige zu unterstützen?*

Wir können ihnen bei der Suche nach einem Arbeits- oder Ausbildungsplatz helfen. Wir sind behilflich bei der Wohnungssuche, wenn die Leute aus ihrem sozialen Umfeld rausmüssen. Und über Moderationsgespräche versuchen wir, Kontakt zu alten sozialen Bezügen - sprich: Familie oder Freunden - wieder herzustellen. Geld kriegt aber keiner von uns.

*Verschaffen Sie Aussteigern nötigenfalls auch eine neue Identität?*

Wir hatten schon Leute im Aussteigerprogramm, die sehr intensiv geschützt werden mussten, weil sie auch körperlich bedroht wurden. Grundsätzlich besteht unsere Klientel aber eher aus jungen Menschen, die in

rechten Cliques, in Kameradschaften, bei NPD oder den "Republikanern" aktiv geworden sind - aber nicht in Führungspositionen. Deshalb ist es bei denen in aller Regel nicht notwendig, neue Identitäten zu schaffen.

*Wieso nur junge Menschen? Steigen Ältere nicht mehr aus?*

Es sind zwei, drei ältere dabei, aber die meisten sind jünger als 18 oder höchstens 21 Jahre alt. Denn wir machen eine sehr intensive Ansprache dieser Jugendlichen - beispielsweise, wenn sie gerade in einem Strafverfahren stecken. Bei den allermeisten ist es solch ein lebensgeschichtlicher Bruch, der zum Motiv für den Ausstieg wird. Dass jemand den Rechtsextremismus plötzlich als gefährliche Ideologie erkannt hat und deshalb aufhören will, ist außerordentlich selten. Und aus eigenem Antrieb meldet sich kaum jemand bei uns.

**Interview: Joachim F. Torna**

16.01.2008 URL: [http://www.fr-online.de/frankfurt\\_und\\_hessen/nachrichten/hessen/?em\\_cnt=1272427](http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/hessen/?em_cnt=1272427)

**Niederlage für die NPD - Braunes Werben VON JOACHIM F. TORNAU  
Mit Simon Zimmermann hat die hessische NPD nicht nur irgendeinen Funktionär verloren.**

Dass ausgerechnet der ehemalige Landesvorsitzende der "Jungen Nationaldemokraten" (JN) den Rechten den Rücken kehrt, wirft die Partei in ihrem Werben um die Jugend weit zurück. Denn mit Zimmermann sind so viele andere Mitglieder der JN ausgetreten - wenn sie auch nicht alle wie ihr einstiger Chef dem Neonazismus ganz abgeschworen haben-, dass die NPD-Nachwuchsorganisation im Land aus Mangel an Personal so gut wie eingegangen ist. Nicht einmal virtuell im Internet ist sie noch zu finden.

Das hatte während der Amtszeit Zimmermanns noch ganz anders ausgesehen. Innerhalb kurzer Zeit ließ er die hessische JN von der Bedeutungslosigkeit auf zuletzt immerhin 40 Aktivisten anschwellen. Und ein "Vier-Säulen-Konzept", das er zusammen mit Marcel Wöll nach dessen Wahl zum NPD-Landesvorsitzenden im Mai 2006 vorstellte, sollte die Zahl weiter wachsen lassen.

Das Konzept orientierte sich an dem, was die rechtsextreme Partei in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern zum Teil bereits erfolgreich umsetzte. Neben dem "Kampf um die Dörfer" sollte "der Kampf um die Schulen" geführt werden - etwa, indem sich Neonazis zu Klassen- und Schulsprechern wählen lassen. Außerdem verlangte die junge hessische NPD-Spitze die Zusammenarbeit mit den Kameradschaften und die "Intellektualisierung der Jugend mittels Schulungslagern und Gründung eines nationalen Bildungswerks". Doch wenn es darum geht, junge Menschen überhaupt erst für die braune Sache zu interessieren, darf das Parteiprogramm durchaus im Hintergrund stehen - zunächst wenigstens. Wie andernorts setzt die NPD auch in Hessen auf Musik als Türöffner und verteilt die "Schulhof-CD" mit Liedern rechtsextremer Bands an Jugendliche. Und im Landtagswahlkampf gibt es auch noch einen Propaganda-Comic dazu. Aber das ist nicht alles: Im Main-Kinzig-Kreis versucht die Partei sogar, sich ganz unpolitisch als Helfer in der Not zu präsentieren. Unter dem Stichwort "Jugendhilfe" bietet sie Unterstützung bei der Lehrstellensuche ebenso an wie Hilfe bei "Suchtfragen" oder "privaten Problemen". "Viele Eltern haben keine Zeit, sich um die Probleme ihrer Kinder zu kümmern", biedern sich die Rechten an, "und zum ‚Vertrauenslehrer‘ will man ja auch nicht unbedingt rennen."

Wie viele Jugendliche sich von diesem Angebot der neonazistischen Wölfe im Schafspelz ködern lassen, ist nicht bekannt. Zur Wiederbelebung der "Jungen Nationaldemokraten" in Hessen hat es jedenfalls nicht geführt - bislang.

16.01.2008 URL: [http://www.fr-online.de/frankfurt\\_und\\_hessen/nachrichten/hessen/?em\\_cnt=1272428](http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/hessen/?em_cnt=1272428)

**Buchprojekt - Schulen gegen Rechts**

Lehrer müssen sich nach Ansicht des Kölner Schriftstellers Ralph Giordano stärker um den Kampf gegen Rechts bemühen. "In den Schulen besteht ein enormer Handlungsbedarf, um den vielfältigen Initiativen der rechtsextremen Gruppen zu begegnen", sagte der 84-jährige Holocaust-Überlebende.

Der Publizist will darum gemeinsam mit dem nordhessischen Lehrer Geert Platner übertragbare pädagogische Konzepte und Unterrichtsvorschläge zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus sammeln und als Buch veröffentlichen. Engagierte Pädagogen, die Beiträge für das vom Amt für Lehrerbildung in Frankfurt unterstützte Projekt liefern wollen, können sich melden bei: Geert Platner, Hangarsteinweg 24, 34292 Ahnatal. Telefon: 0 56 09/18 26. **jft**

16.01.2008 **Heißer Empfang für »braunen Rattenfänger«**

Breites Bündnis demonstrierte gegen hessischen Ministerpräsidenten in Frankfurt/Main von Gitta Düperthal  
--> <http://www.jungewelt.de/2008/01-16/050.php>

16.01.2008 <http://www.jungewelt.de/2008/01-16/030.php>

**Gastkommentar: Auftrieb für Rechte - Koch hilft türkischen Nationalisten**

*Von Hüseyin Avgan*

Das friedliche Zusammenleben in Deutschland kann weder einen deutschen Rassismus noch einen türkischen Nationalismus gebrauchen. Beides aber stärkt Roland Koch mit seiner Wahlkampfkampagne. Daß der hessische Ministerpräsident rassistische Einstellungen in der Gesellschaft bedient, ist offensichtlich. Genauso verstärkt er aber auch die Frustration der Migranten und treibt sie in die Arme von Nationalisten. Wieder fühlen sie sich als Sündenböcke mißbraucht. Als würde es nicht reichen, daß sie in der Bildung und auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt werden, müssen sie derzeit wieder Angriffe von Politikern erdulden. Während Koch und Konsorten mit aller Kraft auf »kriminelle Ausländer« draufhauen, werden die Stimmen der Migranten in der Öffentlichkeit kaum beachtet. Über 100 Migrantenorganisationen haben Kochs Wahlkampf verurteilt. Der Zentralrat der Juden hat dem CDU-Politiker vorgeworfen, Rassismus auf dem Niveau der NPD zu betreiben. Und Kriminologen und Richter haben Kochs Vorwürfe gegen Migranten widerlegt. Nichts davon hat dazu geführt, daß die Medien Koch und seinen Rassismus rechts liegen lassen. Das Gefühl der Ohnmacht ist bei Migranten erdrückend, und so sind sie leichtes Opfer für türkische Nationalisten.

Der alltägliche, latente Rassismus auf der Straße, der strukturelle und der lautstarke Rassismus im Wahlkampf lösen bei vielen Migranten Abwehrreaktionen aus. Pauschal werden »die Deutschen« als fremdenfeindlich angesehen wird und der türkische Nationalismus dem deutschen Rassismus entgegengestellt. Türkische Rechte können sich als legitime Vertreter von Türkischstämmigen darstellen, die sie vor Anfeindungen schützen wollen. Besonders die zweite und dritte Generation der Migranten ist derzeit empfänglich für türkische Rechte. Dafür gibt es zwei Ursachen: Erstens sind es die Jungen, die im jetzigen Wahlkampf kriminalisiert werden. Zweitens ist die Verletzbarkeit dieser Migrantengeneration viel größer als die ihrer Eltern. Denn Jugendliche, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, empfinden es als außerordentlich schlimm, wenn sie trotz aller Integrationsleistungen aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden. Kochs Kampagne verschafft den türkischen Nationalisten in Deutschland damit neuen Aufschwung. Die entscheidende Frage ist die, wie Koch und Gleichgesinnten erfolgreich begegnet werden kann. Integration gelingt dort am besten, wo Deutsche und Migranten gemeinsam an der sozialen Bewegung teilnehmen und für ihre Rechte streiten. Migranten müssen stärker als bislang dafür gewonnen werden. Das Potential ist jedenfalls da: Migranten sind ungleich stärker von Arbeitslosigkeit und Bildungsmangel betroffen als Deutsche.

Das Engagement von Linken gegen Kochs Populismus ist ein Signal an Migranten, daß es Kräfte in diesem Land gibt, die aufrichtig an einem gleichberechtigten und solidarischen Zusammenleben interessiert sind.

***Der Autor ist Vorsitzender der linken Migrantenorganisation DIDF (Föderation der Demokratischen Arbeitervereine)***